

3 Kämpfe und Staat

In Anbetracht dieser Anforderungen beginne ich das folgende Kapitel mit der Darstellung einiger Begriffe, die auf der allgemeinsten Ebene das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und die spezifische Form der Staatsapparate beschreiben. Ich greife hierfür vor allem auf die Theorien verschiedener Vertreter*innen der materialistischen Staatstheorie und von Pierre Bourdieu zurück. Beiden Theorieansätzen ist gemein, dass sie den Staat im Kontext gesellschaftlicher Herrschaft und als Resultat gesellschaftlicher Kämpfe beschreiben. Im Anschluss führe ich kurz in Grundgedanken zum Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Subalterne ein, bevor ich das Theoriekapitel mit einer Darstellung theoretischer Ansätze zu den spezifischen politischen Praxen subalternen Akteur*innen beende.

3.1 Politische Form, Staat als Feld und gesellschaftliche Kämpfe

Eine der zentralen Annahmen materialistischer Staatstheorie ist, dass der moderne Staat eine spezifische, mit dem Kapitalismus verbundene Form der Herrschaftsorganisation ist. Im Unterschied zu vorangegangenen Formen der Organisation politischer Herrschaft etwa in feudalen Gesellschaften fällt politische Herrschaft in kapitalistischen Staaten nicht mehr mit ökonomischer Herrschaft zusammen. Der Staat entwickelte sich zu einer von sonstigen gesellschaftlichen Feldern getrennten Sphäre (vgl. Hirsch 2005, S. 19). Dabei wird im Kapitalismus der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen auf der einen Seite und Institutionen und Praxen auf der anderen Seite durch *soziale Formen* vermittelt (vgl. ebd., S. 41).

»Mit sozialen Formen werden [...] den Menschen äußerlich und fremd gegenüber stehende Objektverhältnisse bezeichnet, in denen ihr gesellschaftlicher Zusammenhang in einer verstellten, nicht unmittelbar durchschaubaren Weise zum Ausdruck kommt. Unter kapitalistischen Bedingungen ist Gesellschaftlichkeit anders gar nicht herstellbar. Die Beziehungen der Menschen müssen die Gestalt von Objektbeziehungen annehmen, d.h. die eigene gesellschaftliche Existenz tritt den Menschen als Sache, als nur schwer durchschaubarer ›Fetisch‹ gegenüber, der verbirgt, was ihn hervorbringt und bewegt [...].« (Ebd., S. 24)

Im Kapitalismus erscheint den Menschen ihre politische Gemeinschaft folglich als ihnen äußerliches Objekt, als »Staat«. Oder um mit Bourdieu zu sprechen: als den Menschen verdinglicht gegenüberstehende Instanz, als eine »theologische Entität« (Bourdieu 2014, S. 30–31). Als solche Entität existiert der Staat nur durch den kollektiven Glauben an seine Existenz. Mit Hirsch und der Analyse der politischen Form lässt sich ergänzen, dass dieser kollektive Glauben an den Staat im Kapitalismus keine kontingente Entwicklung ist, sondern mit den durch die politische Form strukturierten Wahrnehmungsmuster und Verhaltensweisen zusammen hängt (vgl. Hirsch 2005, S. 25). Mit der Trennung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft geht eine *relative Autonomie* des Staates gegen direkte Einflussnahme von gesellschaftlichen Akteur*innen einher (vgl. Buckel et al. 2014, S. 28).

Diese Trennung bzw. diese Autonomie ist relativ, weil sich der Staat und andere Felder gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gegenseitig beeinflussen. Der Staat ist »die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses« (Poulantzas 2002, S. 159). Dieses gesellschaftliche Kräfteverhältnis schlägt sich im Staat als Resultat von gesellschaftlichen Kämpfen zwischen verschiedenen Akteur*innen nieder. Die Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« prägte für die Operationalisierung dieses Ansatzes in empirischen Forschungen den Begriff des *Hegemonieprojektes* für über gemeinsame Strategien verbundene Gruppe von Akteur*innen (vgl. Buckel et al. 2014, S. 64–84). Das Kräfteverhältnis schlägt sich im Staat verzerrt nieder. Akteur*innen der herrschenden Klassen haben einen erleichterten, privilegierten Zugriff auf die Gestaltung des Staates, Jessop spricht hier von der strategischen Selektivität des Staates (vgl. Jessop 2008, S. 127). Im Staat bilden sich deshalb ungleiche gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nicht nur ab, sie werden durch den Staat auch reproduziert und verstärkt. Die Staatsapparate organisieren herrschende Klassen (vgl. Poulantzas 2002, S. 157), während sie beherrschte Klassen »desorganisieren und spalten« (ebd., S. 171).

Bourdieu spricht von dem Staat als Feld (vgl. Bourdieu 2014, S. 48) und betont damit, dass einzelne Staatsapparate und die Gesamtheit der Staatsapparate die Arena von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Akteur*innen sind. Kämpfe auf dem Feld des Staates werden dabei anders geführt als sonstige gesellschaftliche Kämpfe und bauen auf spezifische Ressourcen auf. In meiner Forschung lässt sich dies vor allem bei den unterschiedlichen effektiven Kräfteverhältnissen zwischen den hegemonieorientierten, bürokratischen und operativen Auseinandersetzungen beobachten.

Der auf diese Weise geprägte Staat ist kein einheitliches Gebilde, sondern ein Zusammenhang von unterschiedlichen Apparaten, in denen sich Kräfteverhältnisse unterschiedlich niederschlagen:

»Die Tatsache, dass der Staat ein Geflecht von widersprüchlichen sozialen Beziehungen und Klassenverhältnissen darstellt, kommt in der Heterogenität seiner

Apparatur zum Ausdruck. Er ist keine geschlossene organisatorische Einheit, sondern zerfällt in relativ selbstständige, oft miteinander konkurrierende und sich gelegentlich sogar bekämpfende Instanzen. In diesen manifestieren sich jeweils eigene Sozial- und Klassenbeziehungen, sei es, dass sie als Stützpunkt von Klassen oder Teilen von Klassen fungieren (so wie heute im Falle der Zentralbanken oder der Finanzministerien in Bezug auf das internationalisierte Kapital), sei es in der Form von Agenturen, die sich auf die beherrschten Klassen beziehen (z.B. auf die Bauern in Form des Landwirtschaftsministeriums oder die Lohnabhängigen in Form des Arbeitsministeriums oder der Sozialämter) und deren Interessen nach eigenen Regeln und Verarbeitungsweisen in die staatlichen Entscheidungsmechanismen einbeziehen. Die Staatsapparate verkörpern Beziehungen zu allen Klassen und Gruppen, tun dies aber in höchst unterschiedlicher, ›selektiver‹ Weise.« (Hirsch 2005, S. 31)

Einzelne Staatsapparate werden so zu »Stützpunkten« von Klassen beziehungsweise Hegemonieprojekten, die wiederum in kommenden Kämpfen entscheidende Ressourcen darstellen können. Mitunter treten diese Staatsapparate auch als Akteur*innen in gesellschaftlichen Kämpfen in Erscheinung, wie die Ausländerbehörden oder die Polizei bei der Organisation von Überstellungen oder das Bundesinnenministerium bei juristischen und legislativen Kämpfen um Dublin. Staatsapparate sind in diesem Sinne oft zugleich Felder von Auseinandersetzungen und Akteur*innen in Auseinandersetzungen.

Aufbauend auf diese Begriffe lässt sich Dublin als ein »politisches Projekt« (Buckel et al. 2014, S. 48) verstehen, in dem sich die politischen Strategien einiger Akteur*innen auf Kosten der Interessen anderer Akteur*innen niedergeschlagen haben. Dieses politische Projekt konkretisierte sich als völkerrechtlicher Vertrag – dem Dubliner Übereinkommen – und Gesetz – den Dublin-Verordnungen – und bildete über Jahrzehnte sowohl die Grundlage als auch den Gegenstand gesellschaftlicher Kämpfe, in deren Verlauf sich Dublin beständig veränderte. Widersprüche innerhalb des Staates, wie sie im Begriff des liberal-demokratischen Paradoxons beschrieben werden, lassen sich so als Resultat und Grundlage gesellschaftlicher Kämpfe verstehen. Auch der Ausschluss subalternen gesellschaftlicher Gruppen – hier Asylsuchenden – von der Mitgestaltung der Staatsapparate und die Desorganisation der Asylsuchenden durch Behörden lässt sich durch die empirischen Erkenntnisse in Bezug auf die Kämpfe um Dublin zeigen.

Um Einfluss auf den Staat zu kämpfen, ist deshalb besonders attraktiv, weil in den Staatsapparaten Macht zentralisiert ist. Im Gegensatz zum Ausspruch einer willkürlichen Person, die verlautbart, dass eine andere Person Deutschland verlassen solle, verfügt ein von einer Sachbearbeiter*in ausgestellter Dublin-Bescheid oder das Urteil einer Richter*in als Staatsakte über »die gesamte Macht der sozialen Ordnung, die Macht des Staates« (Bourdieu 2014, S. 32). Die Sachbearbeiter*in oder

Richter*in hat dabei sowohl die symbolische Macht auf ihrer Seite, weil sie eine weitgehende Akzeptanz erwarten kann, als auch die physische Macht, weil bei Widerständen die bürokratischen und repressiven Staatsapparate die Umsetzung der Bescheide bzw. Urteile erzwingen. Diese symbolische Macht des Staates und das Monopol auf den Einsatz von legitimer Gewalt (vgl. Weber 2013, S. 212) sind zentrale Ressourcen staatlicher Akteur*innen in den Kämpfen um die Durchsetzung von Dublin.

Auch darüber hinaus verfügt das Staatspersonal über beträchtliche Machtressourcen wie »Argumentationshilfen, vorbereiteten Protokollen, Formularen« (Bourdieu 2014, S. 39). Bei Dublin-Verfahren sind hier die Dienstanweisung des BAMF für Asyl- und Dublin-Verfahren (vgl. BAMF 2016, 2017) und die in den Asylverfahrensakten gesammelten Informationen über die Asylsuchenden zu nennen. Die personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden erlaubt es Bürokrat*innen punktuell große personelle Ressourcen für einzelne Fälle zu mobilisieren (vgl. Bourdieu 2014, S. 40). Das bürokratische Personal ist speziell ausgebildet und verfügt über »bürokratisches Kapital«, die hohen Staatsbeamten – Bourdieu spricht von »Staatsadel« und »bürokratischem Adel« – verfügen zudem über Einfluss in der politischen Sphäre, arbeiten an Gesetzesvorlagen und sind wichtige Akteur*innen in der staatlichen Exekutive (vgl. ebd., S. 48). Das repressive Personal – in Polizei, Justiz, Militär – ist darüber hinaus legitimiert, ausgebildet und bewaffnet, um die Staatsakte bei Bedarf gewaltsam durchzusetzen.

3.2 Zivilgesellschaft und Subalterne

Diese allgemeinen staats-theoretischen Annahmen erklären nicht, wie die Grenze oder der Übergang zwischen Staat und sonstiger Gesellschaft ausgestaltet ist, noch wie Herrschaft in kapitalistischen Staaten organisiert wird. In der Analyse der erhobenen empirischen Daten greife ich auf Begriffe des italienischen Theoretikers Antonio Gramsci zurück, der mit dem Begriff des *erweiterten* beziehungsweise *integralen Staates* und dem der *Zivilgesellschaft* Erklärungen hierfür entwickelte.

Gramsci ging davon aus, dass die Organisation von Herrschaft in kapitalistischen Staaten spezifisch ist und sich von den vorangegangenen feudalen Gesellschaften unterscheidet. Als Resultat des Kampfes der bürgerlichen Klasse gegen die alte Herrschaftselite der absolutistischen Staaten bildete sich nach Gramsci eine neue Form von *öffentlicher Meinung* heraus (vgl. Gramsci 1991ff, S. 916–917). In den bürgerlichen Staaten wird Herrschaft durch Prozesse der subtileren Führung und der konsensualen Einbindung abgesichert. Diese über konsensuale Führung produzierte Herrschaft wird im Anschluss an Gramsci unter dem Schlagwort *Hegemonie* diskutiert und ist wesentliches Merkmal der Herrschaftsorganisation in libera-